



**Klima retten - Erneuerbare Energien ausbauen Regionalwirtschaft stärken -
Zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen - Heimat bewahren - Natur schützen -
Lebensqualität sichern**

c/o Rudolf Brands
Zum Ommelstal 97
50259 Pulheim
Tel.: 02238/15253

e.mail: rudolfbrands@netcologne.de

www.lob-stommeln.de

Herrn Minister
Professor Dr. Andreas Pinkwart

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Stommeln 12.04.2019

Betr.: Offener Brief an den Ministerpräsidenten

Sehr geehrter Herr Prof.Dr.Pinkwart,

zusammen mit vielen Unterzeichnern haben wir Herrn Ministerpräsidenten den „Stommeler Appell“ zugesandt. Wir haben Herrn Laschet um Auskunft gebeten, welche Vorkehrungen seitens der Landesregierung getroffen werden, um mögliche Folgeschäden nach Beendigung des Braunkohletagebaus zu eruieren und sicher zu stellen, dass die zu erwartenden finanziellen Belastungen – etwa durch dauerhafte Sümpfung - nicht sozialisiert werden.

In seinem Antwortschreiben verweist Herr Laschet uns an Sie bezüglich weiterer Nachfragen, so dass wir davon ausgehen, dass Sie über den Sachverhalt informiert sind.

In seinem Schreiben geht der Ministerpräsident nicht auf die Altlastenproblematik und die daraus resultierenden Folgen für das Grundwasser ein. Nach unserem Wissensstand gibt es bislang keine unabhängige Untersuchung der Altlasten- und Deponierisiken. Bekanntlich wurden in den Tagebauen neben den Rückständen aus der Kohleverbrennung unterschiedlichste Arten von Abfall verkippt. Ein unabhängiges Gutachten zur Altlastenproblematik müsste auch Prognosen über die Kosten stellen, die im Schadensfall (z. B. Kontamination des wieder ansteigenden Grundwassers durch Kontakt mit den Altlasten) entstünden.

Im Sinne der Daseinsvorsorge müssten, wie es das Gesetz vorsieht, heute erfasst und beseitigt werden, um für künftige Generationen Sicherheit zu schaffen. Es geht hier tatsächlich um die Verantwortung, die Wohlfahrt nachfolgender Generationen zu gewährleisten.

Das von Herrn Laschet zitierte „engmaschige Messstellennetz“ kann gegenwärtig Gefahren aufzeigen, lässt aber keinerlei Aussagen über die Situation bei Wiederanstieg des Grundwassers zu.

Wir möchten gerne mit Ihnen u.a. folgende Fragen erörtern:

- Gibt es seitens des Wirtschaftsministeriums Pläne, die Altlasten zu identifizieren?
- Da nach Bodenschutzgesetz der Verursacher und der Eigentümer für den Schaden haften muss, kommen unter Umständen unabhärbare Kosten auf die Eigentümer der ehemaligen Tagebauflächen zu, insbesondere dann, wenn der Verursacher nicht mehr haften kann. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, für welche Flächen der Bergbaubetreiber bereits Eigentumsrechte übertragen hat?

Gerne würden wir uns in einem persönlichen Gespräch über diese und weitere Fragen mit Ihnen austauschen und würden uns sehr freuen, wenn ein solcher Dialog zustande kommt.

Mit freundlichen Grüßen

für das Aktionsbündnis

Rudolf Brands

Josef Schumacher